

FDP Büdingen

FDP MACHT SICH FÜR DEN ERHALT DES BÜDINGER SCHLACHTHOFS STARK

28.10.2020

„Wer regionale Produkte bei Fleisch und Wurst fördern will, kann nicht auf der anderen Seite durch überflüssige Vorgaben die Hürden für regionale Schlachthöfe immer weiter erhöhen“, konstatiert der FDP-Landtagsvizepräsident und FDP-Kreistagsabgeordnete Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn. Gemeinsam mit dem stellvertretenden FDP-Kreisvorsitzenden Frei Messow, der Büdinger FDP-Stadtverordneten und Vorsitzenden des Regionalbauernverbandes Wetterau-Frankfurt Andrea Rahn-Farr und dem Altenstädter Gemeindevorstandsmitglied Claus Pfeffer hat Hahn die Schlachthausgenossenschaft Büdingen eG besucht. Bei den Metzgermeistern Heiko Nagel und Klaus Frühling informierten sich die Wetterauer Liberalen über die aktuelle Situation des Schlachthauses.

„Unsere genossenschaftliche Schlachthaus wird durch verschiedene zugelassene Metzgermeister betrieben. Jeder Metzgermeister schlachtet hier für den Bedarf seines eigenen Metzgereibetriebes und hat dafür zugewiesene Schlachtzeiten“, erklärte Klaus Frühling. Sein Kollege Heiko Nagel ergänzte: „Hier in Büdingen werden größtenteils Schweine und Rinder für die Herstellung von Fleisch- und Wurstwaren geschlachtet, seltener auch andere Tiere wie beispielsweise Schafe“. Die Metzgermeister verdeutlichten den Freidemokraten auch die Vorteile der regionalen Schlachtung in Büdingen. „Durch die kurzen Anfahrtswege von den regionalen Bauerhöfen sind die Tiere weniger Stress ausgesetzt. Zudem werden die Schweine einen Tag vor der bevorstehenden Schlachtung bereits angeliefert, um das ohnehin schon niedrige Stresslevel noch weiter zu verringern. Dies macht sich auch in der Fleischqualität bemerkbar“, berichtete Nagel.

Frühling ergänzte, dass man zudem bei einem solch kleinen Schlachthof entgegen eines Großbetriebes persönlich jedes Schwein vorher anschauen könne. Zudem würden die Aufzuchtbetriebe regelmäßig von den heimischen Metzgermeistern besucht, um sich zu

vergewissern, dass eine tiergerechte Haltung vorliege; die anliefernden Landwirte seien oft schon Jahrzehnte bestens bekannt.

Außerdem erklärten die Metzgermeister, dass jedes Schlachttier sowohl lebend als auch geschlachtet im Rahmen der Fleischbeschau tierärztlich begutachtet würde. Man gehe hierbei über den gesetzlich geforderten Standard hinaus, dies werde bei Großschlachtbetrieb in dieser intensiven Form nicht durchgeführt. Die heimischen Metzger stellen somit Fleisch- und Wurstwaren von besonderer Qualität her, welche die gesamte Lebensmittelkette vom Bauern bis zur Ladentheke einbezieht. Wünschenswert sei es, wenn dies von den Kunden stärker als bisher honoriert würde.

Die Erhaltung des Schlachthofstandortes Büdingen werde immer schwieriger: „Uns werden immer mehr Steine in den Weg gelegt. Wir schlachten nur wenige Tiere und werden genauso behandelt wie ein Großbetrieb“, bedauerten Frühling und Nagel. Selbstverständlich lege man großen Wert auf Hygiene, Lebensmittelsicherheit, und Tierschutz und übererfülle sogar viele Vorgaben, aber einige auferlegten Hürden seien schlichtweg nicht nötig und zielführend. Voreinigen Jahren habe man beispielsweise kostenintensiv umbauen müssen, um EU-Vorgaben zu entsprechen, ohne daraus einen konkreten Nutzen erzielen zu können.

Auch habe sich die auf Vorstoß des Wetteraukreises durchgeföhrte Zertifizierung als Bio-Schlachthof im Nachhinein als Bürokratie-Monster herausgestellt. Neben umfangreicher Beachtung von diversen Richtlinien habe sich die Zertifizierung unter anderem überproportional in der Bürokratiebelastung bemerkbar gemacht.

„Wir achten in unserem Betrieb sehr auf die Einhaltung der Qualität- und Hygienestandards. Wenn uns immer mehr Vorgaben das Arbeiten erschweren, wird ein Erhalt unseres genossenschaftlichen Schlachthofs immer schwieriger. In den vergangenen Jahren haben bereits viele regionale Schlachthöfe geschlossen, da Belastung von Bürokratie und wenig zielführenden Vorgaben zu hoch wurde“, mahnten die Metzgermeister Frühling und Nagel.

„Wir Freie Demokraten wollen regionale Produkte aus der Region in der Region, wir wollen kurze Transportwege. Warum verhindern dies die Ideologen immer mehr?“, lassen sich die beiden Liberalen Frei Messow und Claus Pfeffer zitieren.

Andrea Rahn-Farr bemängelte die Art der Politik auch auf Landes- und Kreisebene, die

dazu führt, dass eine regionale Schlachtung immer mehr Hürden erfahre. „Es ist absurd, dass sowohl die schwarz-grüne Landesregierung als auch die für Schlachthöfe zuständige Wetterauer SPD-Kreisbeigeordnete Stephanie Becker-Bösch sich bei jeder Gelegenheit öffentlich für regionale Produkte und mehr Tierschutz einsetzen, es aber andererseits an konkreter Unterstützung für die regionalen Schlachthöfen fehlen lassen. Die Zukunft von vielen regionalen Schlachthöfen in Hessen steht am Scheideweg, weil sie schon allein von den Stückkosten bei der Schlachtung nicht mit den Großschlachtereien mithalten können. Hier muss ein Umdenken einsetzen, sonst werden noch mehr Schließungen folgen. Sowohl die schwarz-grüne Landesregierung als auch die Verantwortlichen im Wetteraukreis müssen schnell handeln“, so Rahn-Farr auch als Vertreterin der Landwirte.